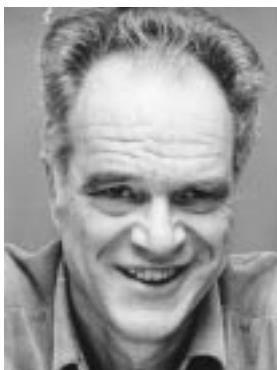


KLAUS STEINITZ

Workshop zur alternativen Wirtschaftspolitik in Europa



Klaus Steinitz – Jg. 1932, Prof. Dr., Leiter der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS und Herausgeber der Schriftenreihe »Beiträge zur Wirtschaftspolitik«.

Foto: privat.

Vom 29. September bis 1. Oktober 2000 fand der 6. Workshop zu Fragen alternativer Wirtschaftspolitik in Europa statt. An ihm nahmen vierzig Ökonomen aus zehn EU-Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Niederlande, Norwegen, Schweden) und aus Ungarn teil. Die erste Zusammenkunft war 1995 in Straßburg, am Sitz des Europaparlaments. Dieser Workshop, der auf Initiative von Jörg Huffschmid und Elmar Altvater einberufen wurde, besitzt heute eine feste Tradition.

In der kurzen Lebenszeit von fünf Jahren ist es der Gruppe europäischer Ökonomen für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa gelungen, eine von allen Teilnehmern getragene Arbeitsbasis zu schaffen, die sich nicht nur auf die Kritik der EU-Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik begrenzt, sondern auch alternative Vorschläge für eine auf Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit gerichtete Wirtschaftspolitik umfaßt.

Die bisherigen Ergebnisse fanden ihren Niederschlag vor allem in zwei Dokumenten, einer Erklärung »Vollbeschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Gerechtigkeit – Für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa« mit einem ausführlichen ergänzenden Memorandum vom Mai 1997, die von zirka 300 Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftlern der EU-Länder unterzeichnet wurde, und ein Memorandum »Vollbeschäftigung, Solidarität und nachhaltige Entwicklung in Europa – Alte Herausforderungen, neue Chancen für Wirtschaftspolitik« vom Dezember 1998, mit zirka 500 Unterschriften. Beide wurden auf Pressekonferenzen, die jeweils zum gleichen Zeitpunkt in mehreren Hauptstädten der EU-Länder durchgeführt wurden, der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die linken Ökonomen aus den EU-Ländern sind mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert: Erstens mit den generellen sozialen und beschäftigungspolitischen Folgen einer vorwiegend neoliberal inspirierten Wirtschaftspolitik. Zweitens mit den zusätzlichen, spezifischen Problemen, die sich aus der EU-Integration, dem europäischen Binnenmarkt, der dominierenden Rolle der Europäischen Zentralbank, der Einführung des Euro ergeben, wozu auch die wechselseitigen Verflechtungen zwischen der EU-Wirtschaftspolitik und den veränderten Bedingungen und Spielräumen nationaler Wirtschaftspolitik gehören. Hinzu kommt die wohl größte Herausforderung der nächsten Zeit, die Erweiterung der EU.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie schwierig es ist, unter den Linken in Deutschland oder auch allein innerhalb der PDS, eine

Verständigung über Aufgaben einer alternativen Reformpolitik zu erreichen, die auf der Höhe der Zeit steht, so ist es beeindruckend, wie Ökonomen aus 11 Ländern mit verschiedenen politischen Überzeugungen und Erfahrungen und auch unterschiedlichem theoretischen Hintergrund, nicht nur in der Kritik, sondern auch in den konkreten Vorschlägen zur Veränderung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der EU eine weitgehende Übereinstimmung erreicht haben.

Auf dem Workshop 1999 wurde darüber beraten, inwieweit es möglich und zweckmäßig ist, eine neue Arbeitsetappe zu beginnen und jährliche Memoranden als Standpunkt europäischer Alternativökonominnen zur EU-Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik auszuarbeiten. Grundlage hierfür soll die kritische Auseinandersetzung mit den von der EU-Kommission jedes Jahr vorzulegenden »Umfassenden Leitlinien der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft« und »Leitlinien der Beschäftigungspolitik der Mitgliedsstaaten« sein. Im Ergebnis der Diskussion wurde festgelegt, diesen Versuch zu unternehmen, und zum sechsten Workshop Ende September 2000 den Entwurf eines solchen Memorandums auszuarbeiten. Damit wird auch an die nunmehr 25jährige Tradition der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in Deutschland angeknüpft, die jedes Jahr ein Memorandum vorlegt, das sich kritisch mit dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung auseinandersetzt.

Mit den alternativen wirtschaftspolitischen Leitlinien für Europa wird beabsichtigt, die offizielle ökonomische Politik der EU herauszufordern, indem ihr theoretisches Herangehen kritisiert wird und ein alternativer wirtschaftspolitischer Kurs vorgeschlagen wird, der für Beschäftigung und Wohlfahrt der Menschen förderlicher ist. Mit einem solchen europäischen Memorandum wird angestrebt, daß die kritischen Analysen und alternativen Vorschläge mehr in die Öffentlichkeit kommen und die Verbindungen zu den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, auch im europäischen Maßstab, verstärkt werden. Die Memoranden könnten auch eine positive Rolle an den Hochschulen und Universitäten spielen, um die gegenwärtig äußerst enge und nur auf den neoliberalen Mainstream gerichtete Lehre zumindest etwas aufzubrechen.

Der Entwurf des Memorandums (Stand Juni 2000) wurde vorher an alle Mitglieder der Arbeitsgruppe verteilt. In den meisten schriftlichen Stellungnahmen und in der Diskussion in Brüssel gab es Zustimmung zu den Grundaussagen des Entwurfs, sowohl zu der darin enthaltenen grundsätzlichen Kritik an beiden Dokumenten der EU, als auch zu den alternativen Politikvorschlägen. In das überarbeitete Memorandum soll die Erweiterung der EU wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die gesamte europäische Entwicklung und den hiermit verbundenen großen Herausforderungen und komplizierten Probleme, als ein gesonderter Abschnitt aufgenommen werden. Darüber hinaus werden die einzelnen Kapitel um eine Reihe von Fragen ergänzt. Bis Ende November soll das Memorandum zur alternativen Wirtschaftspolitik überarbeitet und vor der EU-Gipfelkonferenz in Nizza im Dezember 2000 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Der Entwurf des Memorandums (Stand Juni 2000) enthält folgende Abschnitte:

1. Ein kontraproduktives Herangehen – das wirtschaftspolitische Programm der EU (mehr Jobs und weniger Wohlfahrt – der neoliberale Weg zu Vollbeschäftigung; die Drohung von mehr Zwang und Ungleichheit; Marktfundamentalismus)
2. Der Trieb zu Ungleichheit (langsames Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, mehr Ungleichheit; zunehmend problematische Strukturen; mehr prekäre Arbeitsverhältnisse)
3. Die Herausbildung eines starken Sozialmodells in Europa – Alternative wirtschaftspolitische Leitlinien
 - 3.1 Eine mehr effiziente und demokratische makroökonomische Politik für Vollbeschäftigung (weniger restriktive und besser koordinierte Haushaltspolitik; Koordinierung von Haushalts- und Geldpolitik; Übereinstimmung der Lohnbestimmung mit der Makropolitik)
 - 3.2 Ausbau der Stärken des europäischen Sozialmodells (ein besseres Klima für Sozialpolitik auf nationaler und EU-Ebene; Sozialer Dialog und Lohnpolitik; Stärkung des Sozialschutzes)
 - 3.3 Eine mehr ausgeglichene Strukturpolitik (eine aktivere Forschungs- und Innovationspolitik, eine strategische Industriepolitik auf der Ebene der EU; eine stärkere Regionalpolitik)
 - 3.4. Weitere Perspektiven für eine sozialere und gerechtere Gesellschaft (Alternative wirtschaftspolitische Leitlinien für Vollbeschäftigung und sozialen Zusammenhalt in Europa, Entwurf, Juni 2000)

Hauptpunkte der Kritik an den wirtschaftspolitischen Leitlinien der EU sind, daß sie erstens ein extrem enges und im Kern kontraproduktives Herangehen an die wirtschaftliche Entwicklung aufweisen; daß sie zweitens dazu führen, den spezifischen sozialen Inhalt des europäischen Entwicklungsmodells im Unterschied zum amerikanischen Modell weiter auszuhöhlen; und daß sie drittens vorsehen, weitere Zwangsmaßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik anzuwenden. Die Leitlinien der EU machen auch deutlich, daß keine Anstrengungen unternommen werden, um die bisherigen großen Demokratiedefizite zu verringern.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren wird in einem Dokument der EU wieder von Vollbeschäftigung gesprochen. Unter den linken Ökonomen gab es Übereinstimmung, daß das Konzept der Vollbeschäftigung ein Eckstein für eine Politikwende zu einer alternativen ökonomischen und sozialen Entwicklung ist. Insofern konnte die Aufnahme dieser Forderung in die Leitlinien der EU nur begrüßt werden. Kritisiert wurde jedoch, daß der Inhalt des Begriffs Vollbeschäftigung und die Wege sie zu erreichen weitgehend der neoliberalen Orientierung der Politik angepaßt worden sind. Es gibt keine Anzeichen für neue Ansätze der Wirtschaftspolitik, um sie auf Vollbeschäftigung als unverzichtbaren Bestandteil einer demokratischen, emanzipativen und gerechten sozialen Entwicklung zu richten. So wird Vollbeschäftigung von ihrer notwendigen sozialen Substanz, vor allem der Sicherung menschenwürdiger Arbeit und existenzsichernder Löhne befreit. Des weiteren bleiben die Veränderungen in den ökonomischen Strukturen und in der Organisation der Arbeit der letzten Jahrzehnte außer Betracht. Schließlich sind die Wege zur »Vollbeschäftigung« eng mit den Vorstellungen zur stärkeren Anwendung von ökonomischem Druck zur Arbeit (workfare) sowie zur Ausbreitung eines Niedriglohnssektors und prekärer Arbeitsverhältnisse verbunden.

Die Kritik der Geldpolitik der EU ist ein zentraler Punkt im Memorandum, weil sie verselbständigt wird und als außerhalb der Wirtschaftspolitik stehend betrachtet wird. Sie hat nicht nur keinerlei Verantwortung für Beschäftigung, sondern weist sogar eine ihr innewohnende Feindschaft gegenüber Vollbeschäftigung auf.

Charakteristisch für beide Dokumente ist die völlige Vernachlässigung aller mit der Verteilung von Einkommen, Reichtum, Chancen verbundenen Fragen. Das gilt für die grundsätzliche Bedeutung dieser Fragen für die sozialen Beziehungen und das Lebensniveau der Menschen, aber auch für eine engere ökonomische Betrachtung im Zusammenhang mit den Wirkungen der Verteilungsfragen auf Wachstum und Entwicklung.

In der Diskussion wurde vorgeschlagen, die kritische Auseinandersetzung mit dem auf ein forciertes Wirtschaftswachstum gerichteten Konzept der EU zu vertiefen, und dabei insbesondere umweltpolitische Forderungen und den sozialen Inhalt des Wachstums, seine Wirkungen auf die tatsächliche Lebensqualität der Menschen, stärker zu berücksichtigen.

Eine für die öffentliche Diskussion wichtige Problematik wird im Memorandum mit der Kritik an der zweideutigen und die wahren Zusammenhänge oft verdunkelnden Sprache in den offiziellen

Dokumenten (Obskurantismus) aufgeworfen. So wird ein breiter Interpretationsraum zentraler Aussagen bewußt gefördert, um vom wahren Kern der gegen Bevölkerungsinteressen gerichteten Vorschläge abzulenken. Zum Beispiel wird in den EU-Leitlinien eine »adäquate Lohnentwicklung« gefordert. Was bedeutet dies aber? Niedrigere Löhne, höhere, Wachstum der Löhne entsprechend der Produktivität, darunter, darüber? Das bleibt mit diesem Ausdruck völlig offen. Ähnlich ist es mit der Forderung nach »ökonomischer Reform«, welche Art von Reform, wofür? Diese verbale Vieldeutigkeit sollte jedoch keine Zweifel über den harten Kern, die Hauptrichtung der Veränderung zulassen, die aus dem Kontext klar werden: Adäquate Lohnentwicklung bedeutet niedrigere Löhne, ökonomische Reform bedeutet Reform in Richtung Erweiterung von Marktbeziehungen, Deregulierung.

Insgesamt machen die Leitlinien deutlich, daß das ihnen zugrunde liegende Politikkonzept sich nur auf sehr kurzfristige makroökonomische Forderungen der Preisstabilität und ausgeglichener Haushalte bezieht, da alle anderen Elemente einer makroökonomischen Politik ignoriert werden. Weiterhin liegt ihnen zugrunde, daß die ökonomische Organisation völlig dem Markt und den privaten Wirtschaftssubjekten überlassen werden soll, ohne sie durch öffentliche Regulierungen zu behindern. Eine Ausnahme bilden nur die Bedingungen, die zur Sicherung der Preisstabilität notwendig sind. Zusammenfassend wird hervorgehoben, daß die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der EU nicht primär auf den Wohlstand der Menschen, sondern auf die Sicherung der Profite des privaten Kapitals gerichtet ist. Daher sind die linken Ökonomen der Ansicht, daß eine substantielle Umkehrung der Politik der EU erforderlich ist, um schrittweise eine Veränderung der Prioritäten in den Zielen und in der Organisation des ökonomischen Lebens zu erreichen.

Die Leitlinien zur Beschäftigung wurden etwas positiver bewertet. Einerseits gibt es eine Reihe Elemente, die unterstützt werden, u.a. die Forderung nach Abbau der Ungleichheit hinsichtlich Beschäftigung und Einkommen der Frauen, nach Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen, nach Verbesserung der Chancengleichheit bei Bildung und Qualifizierung. Kritisiert wurde, daß konkrete Ziele nur in wenigen Ausnahmen aufgenommen wurden, so daß die Forderungen meist vage blieben, daß Finanzierungsfragen, insbesondere für eine bessere Bildung, umgangen werden, und daß sie den Charakter unverbindlicher Empfehlungen an die Mitgliedsländer tragen. Im Unterschied zur Überschreitung der Drei-Prozent-Quote bei der Neuverschuldung, ziehen sie keine Sanktionen nach sich.

Den alternativen Vorschlägen liegt neben der Kritik an der bisherigen Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik der EU eine Analyse wesentlicher ökonomischer und sozialer Entwicklungstrends zugrunde. Dabei werden vor allem drei Tendenzen hervorgehoben:

Erstens: Die Inflation, die 1974 bis auf 15 Prozent geklettert war, ist seitdem kontinuierlich zurückgegangen, in den letzten drei Jahren auf unter zwei Prozent. Die ausschließlich antiinflationäre Politik der Europäischen Zentralbank wirkt als Bremse für einen ökonomischen Aufschwung.

»Wachstum für Vollbeschäftigung oder Vollbeschäftigung für Wachstum? In zahlreichen Dokumenten ... (der EU) wurde festgestellt, daß hohes und dauerhaftes Wachstum ein notwendiges Mittel ist, um mehr Arbeitsplätze und schließlich Vollbeschäftigung zu erreichen. Wenn die Kommission die wesentlichen Elemente ihrer Wachstumsstrategie offenlegt, wird indessen immer deutlicher, daß Wachstum diese Rolle zunehmend verläßt, und zu einem Selbstzweck wird. ... Das Ziel ist Wachstum, wofür alle verfügbaren Beschäftigungspotentiale notwendig sind. Der Begriff Vollbeschäftigung wird aus der sozialen Diskussion herausgenommen, umgestaltet und den Erfordernissen reinen Wachstums, d.h. der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und dem Profit, angepaßt.« (Ebenda)

Zweitens: Die Verteilung der Einkommen hat sich entscheidend zugunsten der Profite und zum Nachteil der Arbeitseinkommen verändert. Der Lohnanteil am Nationaleinkommen lag in den sechziger und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre bei rund 75 Prozent und ist bis 1999 auf 68 Prozent gesunken. In sieben von den 15 EU-Staaten betrug der Fall mehr als zehn Prozentpunkte. Hinsichtlich der Einkommensverteilung hat sich seit Mitte der siebziger Jahre die Ungleichheit innerhalb der EU spürbar erhöht.

Drittens: Die Arbeitslosenquote ist in allen Mitgliedsländern der EU drastisch gestiegen. Während sie in den sechziger Jahren und bis 1974 im Durchschnitt der EU unter drei Prozent lag, stieg sie bis 1985 auf 10 Prozent und schwankt seit 1995 um diese Größe. Die Struktur der Arbeitslosigkeit hat sich verschlechtert: Fast die Hälfte ist mehr als ein Jahr, 30 Prozent mehr als zwei Jahre arbeitslos; die Jugendarbeitslosigkeit liegt in mehreren EU-Ländern weit über dem Durchschnitt; die Diskriminierung von Frauen wird fortgesetzt; der Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse hat sich drastisch erhöht. In der Diskussion wurde kritisiert, daß die Verringerung der Arbeitslosenquote in der letzten Zeit zu einem nicht unwesentlichen Teil nur auf Veränderungen in der Statistik beruhen.

Im Zentrum der Leitlinien für eine alternative Wirtschaftspolitik stehen Überlegungen einer mehr effizienten und demokratischen makroökonomischen Politik für Vollbeschäftigung. Dabei werden vor allem drei Komplexe hervorgehoben: (1) die Koordinierung der nationalen Haushaltspolitik zwischen den EU-Ländern und Schritte in Richtung eines föderalen EU-Haushalts, (2) die Übereinstimmung zwischen Haushaltspolitik (primär auf der Ebene der EU-Länder) und der Geldpolitik (der Europäischen Zentralbank) und (3) Probleme der Bestimmung der Lohnentwicklung.

Die Haushaltspolitik muß dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren durch eine aktive Beschäftigungspolitik, u.a. durch öffentliche Investitionsprogramme (z. B. für Infrastruktur und für Städtesanierung), für Beschäftigung im öffentlichen Sektor, insbesondere zur Verbesserung der Bildung und der sozialen Dienste, für eine gezielte Unterstützung privater Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Qualität der Arbeit.

Für eine aktive Beschäftigungspolitik auf der EU-Ebene und zur Unterstützung des sozialen Zusammenhalts wird gefordert, den EU-Haushalt zu vergrößern. Die bisherige Begrenzung des Gemeinschaftshaushalts auf 1,27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU sollte schrittweise auf fünf Prozent erhöht werden. Damit könnten Voraussetzungen geschaffen werden, um einen EU-Fonds zur Stabilisierung der Beschäftigung zu schaffen, die EU-Strukturfonds aufzustocken und den Mindestumfang der Ressourcen für die Erweiterung der EU zu sichern.

Um der makroökonomischen Politik eine andere Zielrichtung zu geben, wurde in Brüssel vorgeschlagen, den bisherigen Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU in einen alternativen Pakt: Vollbeschäftigungs-, Wachstums- und Stabilitätspakt, umzuwandeln. Seine Ziele würden sich grundlegend von denen des bisherigen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (Geldwertstabilität, ausgeglichene Haushalte) unterscheiden. An der Spitze steht Vollbeschäftigung, Wachstum soll

eine höhere Priorität als Stabilität erhalten. Damit sind auch Konsequenzen hinsichtlich der Geldpolitik und der Haushaltsdefizite verbunden. Im Vordergrund der Politik darf nicht mehr ein allgemeiner Druck auf die Inflationsrate stehen, vielmehr geht es um die differenzierte Analyse und die Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Inflation und Beschäftigung, die auch die Unterschiede in einzelnen Ländern einbeziehen. Bei der Haushaltspolitik kommt es darauf an, die Beschränkungen einer aktiven Beschäftigungspolitik zu überwinden, die durch den Stabilitätspakt (die Neuverschuldung eines Jahres darf drei Prozent nicht übersteigen) auferlegt sind.

Bei der Diskussion der Vorschläge für eine aktivere Struktur- und Industriepolitik der EU standen in Brüssel Probleme ihrer ökologischen, sozialen und Beschäftigungswirkungen im Vordergrund. Alternative Vorschlägen müßten von einer kritischeren Sicht auf neue Technologien, insbesondere der Gentechnik und der Informationstechnik, ausgehen, die die Risiken und Gefahren ihrer Anwendung berücksichtigten. Die Umweltprobleme, vor allem die sehr weitgehenden Erfordernisse eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft, müßten einen höheren Stellenwert in den alternativen Vorschlägen erhalten.

Die Beratung des vorliegenden Entwurfs eines Memorandums machten deutlich, daß es noch einer Reihe von Defiziten bei der Begründung eines alternativen wirtschaftspolitischen Konzepts für die EU gibt, die nicht alle kurzfristig, bis zur Fertigstellung des Memorandums, überwunden werden können.

So fehlt ein zukunftsorientiertes Konzept für die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses und insbesondere für die Osterweiterung der EU. Im Meinungsaustausch zu diesen Fragen, der noch nicht abgeschlossen ist, standen folgende Forderungen im Vordergrund: seitens der EU darf der Beitrittstermin nicht weiter hinausgeschoben werden, die Beitrittskandidaten müssen als gleichberechtigte Partner in den Diskussionsprozeß über die Probleme und die Lösungswege einbezogen werden, die Entscheidung über den Beitritt muß bei den mittel- und osteuropäischen Ländern und deren Bevölkerung liegen, es muß von einer längeren Übergangsperiode ausgegangen werden, für die ein europäisches Unterstützungsprogramm eingesetzt werden muß. Ein Konzept für die Osterweiterung der EU, das zur Friedenssicherung und politischen Stabilität Europas beitragen will, darf nicht bei den an einem Beitritt interessierten Ländern stehen bleiben, es muß auch Vorstellungen über die Beziehungen zu Rußland und den anderen GUS-Staaten enthalten.

Es wurde vorgeschlagen, in der zukünftigen Arbeit an einem Konzept alternativer Wirtschaftspolitik neben den oben schon erwähnten Fragen – ökologischer Umbau, gesellschaftliche Bewertung neuer Technologien und der »new economy«, EU-Osterweiterung – auch größeres Gewicht auf folgende wichtige Komplexe zu legen: Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, Verringerung der Demokratiedefizite in der EU, einschließlich einer Reform ihrer Institutionen, Beziehungen der EU zu den USA und zu anderen regionalen Wirtschaftszusammenschlüssen sowie Bedingungen zur Umsetzung der alternativen Politikvorschläge, insbesondere Stärkung der wechselseitigen Verflechtungen mit sozialen Bewegungen.

»Wir sind der Meinung, daß EU-Initiativen in der Sozialpolitik nationale Sozialmodelle ergänzen sollten. Sie sollten jedoch nicht versuchen, sie zu ersetzen. Ein wichtiger Aspekt solcher Initiativen sollte die Einführung von Mindeststandards sein, um negative soziale Auswirkungen des Wettbewerbs zwischen den Nationalstaaten zu vermeiden. Ein zweites Thema sollte die Entwicklung eines sozialen Dialogs sein, unter Berücksichtigung der neuen makroökonomischen Verflechtungen infolge der Währungsunion.« (Ebenda)